



**Antrag Nr. 16  
der Fraktion ÖAAB/Christliche Gewerkschafter  
an die 168. Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**

**Personalschlüssel für Pflege und Betreuung um 10% anheben**

**Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die Wiener Landesregierung auf, den Personalschlüssel für Pflege und Betreuung im Gesundheits- und Sozialbereich um 10% anzuheben und die Durchführungsverordnung zum Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetz (WWPG § 4) dahingehend zu reformieren.**

**Begründung:**

Aktuell wird der Personalschlüssel durch die Bettenzahl in den Pflegeeinrichtungen (Spitäler, Pensionistenheime, mobile Betreuungsangebote) und die Pflegestufen der Patient/innen definiert. Das führt zu äußerst knapp bemessenen Personal- und Zeitressourcen pro Patient/in, insbesondere auch aufgrund der steigenden Anzahl an zu Betreuenden.

Diese knapp bemessenen Ressourcen erlauben es nicht, geplante Abwesenheiten wie Urlaub oder Karenzen und ungeplante Ausfälle wie Krankenstände von Mitarbeiter/innen auszugleichen, ohne dass es zu erheblicher Mehrbelastung bis hin zu Überlastung kommt. Die Zeitressourcen für notwendige Pflegetätigkeiten stehen somit nur eingeschränkt oder gar nicht mehr zur Verfügung. Dadurch kann der Pflegeauftrag nicht vollumfänglich erfüllt werden. Der eklatante Personalmangel führt darüber hinaus zu massiven psychischen und physischen Belastungen der Mitarbeiter/innen. Die logische Konsequenz dieser Mehrbelastung des Personals im Regelbetrieb sind Kündigungen, Burn-Out, vermehrte Krankenstände wegen Überbelastung etc.

**Fazit:** Alle Patient/innen werden über einen äußerst knapp bemessenen Kamm geschoren. Um in den Pflegeeinrichtungen und den mobilen Diensten individuellen Bedürfnissen von Patient/innen gerecht werden zu können, bedarf es einer anderen – realistischen – Berechnung des Betreuungsschlüssels. Wenn das Verhältnis Betreute zu Betreuenden stimmt, steigt die Arbeitszufriedenheit, was sicherlich auch den Patienten und Patientinnen zugutekommt. Zusätzlich werden Arbeitsplätze geschaffen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

